

Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

Ertrablatt

The Aim of the Foreign Language Newspapers of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them: To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: In all ways to aid in making this country greater and better.

Willoughby und die Konservativen gegen Unterricht in jeder nicht-englischen Sprache

Eine schwache Partei, ein unfähiger Führer, ein engherziger politisches Programm.

Am 19. und 20. Januar hielt die konservative Partei Saskatchewan, oder besser gesagt, die traurigen Reste dieser Partei ihre Jahresversammlung in Saskatoon ab. Die Evening Province and Standard, die konservative Zeitung Reginas, erklärte damals in Riesenbuchstaben am Kopf der Zeitung, daß der Oppositionsführer Willoughby die Veranlassung durch Darlegung seiner „klar geschnittenen Politik“ elektrisiert hätte. Wir haben Herrn Willoughby im Parlament wie auch in öffentlichen Versammlungen mehrfach sprechen hören und es ist uns ganz unerklärlich, wie dieser Mann im Stande sein soll, irgend eine Veranlassung durch eine Ansprache zu „elektrisieren“. Herr Willoughby mag ja ein sehr braver und ehrenwerter Mann und vielleicht auch ein tüchtiger Rechtsanwalt sein, aber als Politiker — vom Staatsmann ganz zu schweigen — und als Führer hat er keine Unfähigkeit und Schwäche so offenkundig und wiederholt bewiesen, daß schon ein sehr großes Teil parteilicher Voreingenommenheit zu der Behauptung gehört, Herr Willoughby habe keine Hörer durch seine Rede „elektrisiert“.

Die konservative Partei Saskatchewan ist durch ihr volkstümliches, rassistisches Programm und durch die offenkundige Unfähigkeit ihrer Führer so jämmerlich zurückgefallen, daß sie zur Zeit von den 54 Sitzen im Provinzialparlament nur 6 inne hält, während die liberale Partei 48 Abgeordnete zählt. Zuvor brauchte sich niemand zu wundern, daß die Liberalen unter der glänzenden Führung Premierminister Scotts und seiner Kabinettsmitglieder eine im besten Sinne fortschrittliche, wahrhaft volkstümliche und staatsmännlich sinnige Politik betrieben und der Provinz Saskatchewan eine Verwaltung gegeben haben, welche die besten Interessen der Gesamtbevölkerung wahrnimmt und auf die deshalb jeder Bürger Saskatchewanens mit Recht stolz sein kann.

Wenn man nun einerseits auslagert, daß das schnelle Zusammenfallen der konservativen Partei eine gerechte Strafe für ihre verfehlte rassistische Politik bedeutet, so ist es andererseits im Interesse der Provinz zu bedauern, daß die Konservativen nicht einmal den geringen Aufgabebereich, den man mit Zug und Reden an eine Oppositionspartei stellen kann, gerecht zu werden vermögen. Eine fröhliche Opposition hat ihre guten Seiten und ist im politischen Leben immer wertvoll für das Volk. Wenn jedoch die Konservativen in hiesiger Verfassung Verbortheit und mit blinder Hartnäckigkeit auf dem falschen Wege weiter marschieren, so dürfte ihnen ein weiteres Strafgericht des Volkes bei der nächsten Provinzialwahl ausfallen, das letzte halbe Dutzend Abgeordnete entgegenzieht.

Saskatchewan's konservativ Partei kann sehr wohl mit dem bekannten Grundsatz verglichen, der auf dem Dache steht und sich nicht zu helfen mußte. Da sie selbst wissen, daß sie die fortschrittliche, volkstümliche Politik der Liberalen nicht zu überbieten vermögen, haben sie sich darauf verlegt, eine fleißige und gefähliche Kritik zu üben. Als sie vor etwa einem Jahre wieder einmal ein sogenanntes Parteiprogramm ausstellten, erklärten sie

„für totale Prohibition, für Veränderungen im Telefonwesen, die unser Volk und unsere Provinz schwer schädigen würden, falls sie jemals in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten, für eine Umfremdung der municipalen Verwaltung, die weitere Fortschritte in Wegebau und Straßenbau unmöglich machen würde, kurz und gut für eine Reihe politischer Forderungen, die man eben nicht anders als volkstümlich und rassistisch bezeichnen kann. Dieses Programm einer schwachen und verengten Partei wurde in Saskatoon aufs neue bestätigt.“

Das den Selbstunterricht angeht, so müßte Herr C. Brennede schon eine lebenswerte Ausnahme machen in Bezug auf Fähigkeit, Gründlichkeit im Wissen u.ä. und den Kindern durch Heimunterricht etwas Kennenswertes beizubringen, indem er die Erklärungen, welche er wiederum dem kindlichen Verstande soeben zu machen und dauernd einzuflößen will, sich selbst habe errealistische Fortschritte im Unterricht meiner und auch anderer Kinder zu vergleichen gehabt, gestehe aber offen, es wiegt die angewandte Mühe nicht auf und es ist eine mehr oder weniger einseitige Bildung, welche man den Kindern beibringt, selbst wenn man es mit leidenschaftlicher Eingabe tut wie es bei mir der Fall war. Es gilt eben auch hier das Sprichwort: Schüler bleib bei deinem Leisten. Man kann ein guter Farmer sein, mit Wichtigkeit einen Kilmessing etwas zu erklären und beizubringen, falls man, aber zum Pädagogen ist noch ein großer Sprung.

Ein anderer Fall von Heimunterricht. Ein Trustee protestierte einst ganz energig gegen meinen Antrag auf den Unterricht in der Schule so wie es das Gesetz erlaubt und ich habe reichliche Unterrichtsgegenstände. Jeder Vater sollte seine Kinder in den langen Wintermonaten in seiner Mutterpflicht selber unterrichten, er tue dies auch fast jeden Tag. Dabei ist er nicht in die Schule zu gehen, sondern in die Schule zu gehen, von schriftlicher Ausarbeitung gar nicht zu reden. Von der großen Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen aus abgesehen, gibt es noch solche, die allen Anzeichen nach mit einem gewissen Argwohn ihre Kinder hüten, um sie nicht gefeindlich werden zu lassen, als sie selbst nicht in die Schule zu gehen, sondern in die Schule zu gehen, von schriftlicher Ausarbeitung gar nicht zu reden. Von der großen Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen aus abgesehen, gibt es noch solche, die allen Anzeichen nach mit einem gewissen Argwohn ihre Kinder hüten, um sie nicht gefeindlich werden zu lassen, als sie selbst nicht in die Schule zu gehen, sondern in die Schule zu gehen, von schriftlicher Ausarbeitung gar nicht zu reden.

Wenn wir in unserer Jugend Gelegenheit hatten, bessere Schulen besuchen zu können, uns nach dem Ausdruck des Herrn C. Brennede auf eine höhere Kulturstufe zu schwingen, wie viele unserer Mitbürger aus dem Osten und Südosten, so haben wir das nicht zuletzt einem gewissen Schulzwang zu verdanken. Die von ihm angeführten Gründe sind nicht sehr langweilig genug, um zu beweisen, daß unsere Kinder die Schule nicht ebenfalls notwendig hätten wie die unserer oben genannten Mitbürger. Würden wir durch ein solches System nicht eine Art Kostengeld großziehen?

Auch fürchte ich, daß Herr Brennede in seinem spä-

Dominiolparlament

(Fortsetzung von Seite 1) hielt seine erste Rede in englischer Sprache im Parlament und erweckt günstigen Eindruck. — Behauptet, konservativer Hebel hätte Neukonstituierung in Quebec behindert.

Es ist noch eine ganze Reihe von Abgeordneten da, die über die von Herrn Carwell angeregte Angelegenheit ihre Meinung äußern wollen, und es mag Dienstag werden, bevor die Annortresolution auf die Thronrede angenommen wird und das Haus zu einer anderen Sache übergehen kann. Eine solche Ansprache wurde von J. S. Burnham, dem konservativen Abgeordneten von Peterboro, Ont., gehalten, in der er betonte, daß die Regierung in dieser Zeit auf die Unterstützung der Opposition rechnen müßte, anstatt angegriffen zu werden. Herr Ernest La Pointe von Kamouraska, Quebec, der sich in seiner ersten englischen Rede dem Hause vorstellte, sagte, daß die Regierung in dieser Zeit untergraben werden sollte, aber die Opposition doch ganz dabei verbleibe, Einzelheiten zu kritisieren. Auch er wandte sich gegen die Haltung der französischen Nationalisten in gegenwärtiger Zeit, sagte aber, daß die Regierung konservativer Minister der Rekrutierung in Quebec mehr gebühret hätten als alle Propaganda der Führer der Nationalisten.

Die Abgeordneten Knowles (Wolfe) und Turriff (Kinniboia) von Sask., treten für den Farmer des Westens ein. — Verlangen Gerechtigkeit und Berücksichtigung des Volkes.

Am 31. Januar wurden die Debatten im Hause fortgesetzt und dornehmlich die liberalen Abgeordneten der Provinz Saskatchewan, die Herren H. C. Knowles von Wolfe und J. G. Turriff von Kinniboia beteiligten sich hieran lebhaft. Beide Herren sprachen dornehmlich über Zustände in den westlichen Provinzen und gingen sehr eingehend auf verschiedene Punkte ein, die bis dahin nicht von anderen Rednern berührt worden waren. Herr Knowles sprach unter anderem für Unabhängigkeit in der Politik und er sagte, daß in einer solchen Zeit wie die jetzige, Kritiken von beiden Seiten des Hauses nur willkommen seien könnten. Er betonte mit Nachdruck, daß das Volk des Westens nicht mehr denn je für freie Ausfuhr des Weizens und freie Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen sei. Er kritisierte die Regierung über die Art und Weise, in welcher der Weizen im Dezember für die Alliierten zurückgehalten worden sei und bemerkte, daß diese Handlungswiese den Farmer einen schweren Verlust zugefügt habe.

Herr Turriff kam auf das Saatgetreide zu sprechen, das vor einem

Jahre an eine Anzahl bedürftiger Farmer zur Verteilung gelangt war, er behauptete, daß die Regierung die Farmer nicht anständig behandelt habe. Um Zahlung für das gelieferte Saatgetreide zu erlangen, habe die Regierung die Farmer gedrängt, ihren Weizen auf den Markt zu bringen zu einer Zeit, in der sie den denkbar niedrigsten Preis für ihr Getreide erlangen konnten; nach dazu sei in vielen Fällen der Weizen zu niedrig geblieben worden.

Herr Knowles sagte, daß nicht ein Schatten von Wahrheit an dem Bericht sei, daß die Liberalen verjagt worden, eine Wahl in der jetzigen Zeit zu erzwingen. Die Liberalen würden alle zur Durchführung des Krieges notwendigen Maßnahmen aufgeben. Er war der Ansicht, daß der Weizen mit seiner Vermehrung, daß sich mehr Rekruten zum aktiven Dienst melden wie nötig sei, nur Schaden angerichtet habe. Auf das Munitionskomitee zurückkommend, sagte er, daß die neu eingelegte Kaiserliche Kommission genau so fortgesetzt wie die alte und daß ausgegebene Kontrakte politischen Freunden überwiesen würden.

Herr Pardee, Liberaler, sagte, daß es die Pflicht der Opposition sei, die Regierung in der augenblicklichen Zeit bei allen Maßnahmen zu unterstützen, andererseits jedoch sei es die Pflicht der Regierung, vernünftige und auf richtige Kritik feindliche Einwirkungen der Regierung zu vermeiden, die die jetzt herbeigeführten Kritiken der Regierung nicht berührt, ein Beispiel in der augenblicklichen Zeit vorzunehmen.

Herr Rogers nahm hier Gelegenheit den Redner ins Wort zu fassen, indem er sagte: „Aber sie keine Angst, wir haben nicht eine solche Absicht.“

Herr Sinclair von Gumboro sprach hierauf des längeren über den Krieg und im Anschluß hieran, sich auf den Finanzminister Thomas White bezog, sagte er, daß Herr White als Finanzminister während des Krieges Arbeit geleistet habe, daß dieses jedoch entschieden mehr auszuzeichnen würde, wenn er das „Gratifikation“ ausgeschaltet hätte und das für die Hudson Bay Linie ausgegeben und noch ausgegebene Geld nicht aus dem Geld, das für die Terminalanlagen in Halifax zur Ausgabe gelangt sei, gepart hätte. Inzwischen bis dreißig Millionen Dollar seien für die Hudson Bay Route ausgegeben worden ohne irgendeinen Erfolg bis jetzt erreicht zu haben. Das ganze Unternehmen sei ein großer Fehler, Herr Sinclair kam darauf zu sprechen und sagte wörtlich:

„Wenn es zu einer Wahl kommen würde, wir an dieser Seite des Hauses werden nicht knapp an Munition sein.“

Herr Knowles machte in einer längeren Ansprache die Bemerkung, daß irgendein Abgeordneter dem Lande einen großen Dienst erweise, der die Regierung auf die Möglichkeit gibt, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen, und der damit gleichzeitig den Strom des Geldes hemmt, welcher in die Taschen dieser Plutokratie fließt, diese zu Millionen macht und das Volk selbst dem Ruin nahe bringt. Ich kann nicht verstehen, so fuhr Herr Knowles fort, weshalb nicht Mitglieder des Hauses von beiden Seiten offen reden, so als wenn sie nicht zu der einen oder zu der anderen Partei gehörten. Herr Knowles behauptete, daß auch nicht ein einziger Thronredner Abgeordneter ein Wort von Kritik über bestehende Zustände her vorgebracht habe.

Das nächste Thema, das Herr Knowles berührte, war die Transportschwierigkeit im Westen. Alle kleinen Elevatoren im Westen seien bis zur größten Fassungsmöglichkeit gefüllt, der Regierungselevator in Saskatoon jedoch, der 3,500,000 Bushel Getreide fassen, enthielt am 12. Januar nur 1,250,000 Bushel, während der Elevator in Moose Jaw zur selben Zeit nur 187,000 Bushel enthielt. Der Regierungselevator in Calgary mit einer Fassungsmöglichkeit von 2,500,000 Bushel habe nur 29,000 Bushel enthalten. Das bedeutet, daß in Regierungs-Elevatoren mit einer Fassungsmöglichkeit von 9,000,000 Bushel nur 1,700,000 Bushel enthalten waren. Bezüglich des Preisfalls des Weizens behauptete Herr Knowles, daß dafür soviel Notwendigkeit vorgelegen habe, als für das Festhalten der heißen Luft im Sitzungssaal des Parlaments. Der Regierungsbericht, welcher zur Zeit von Generalanwalt A. Weighen ausgegeben worden sei, habe gesagt, daß die Ernte eine riesige sei und daß die Regierung den Farmer helfen würde, einen Markt für ihre Produkte zu beschaffen. Herr Knowles fügt hinzu, daß der Generalanwalt sich besser an sein Wort halte, wenn er einen Erfolg im öffentlichen Leben erreichen wolle. Der Redner führte den Geschäftsführer der „Grain Growers Grain Co.“ Herrn Thomas Cramer an, welcher gegen das Festhalten des Weizens gewesen wäre, einmal wegen des Schlags, den der Handel erlitt und dann auch, weil genügend Weizen andernweit aufzutreiben gewesen wäre. Viele Farmer hätten 25 Cts. an Bushel verloren und daran sei nur das unbedachte Handeln der Regierung schuld.

Herr Turriff sagte im Verlauf seiner längeren Rede unter anderem, daß die Farmer die zur Zeit Saatgetreide von der Regierung erhalten hätten, dieser dafür \$1.50 per Bushel

Keine Hühneraugen mehr! Python 3 Minuten Hühneraugen-Heilmittel

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Winnipeg Introduce Co., P.O. Box 56

Volkserziehung und Volksbildung

Beiträge zur Förderung unseres Schulwesens im Interesse nationaler Einheit und nationaler Fortschritts

Zur Frage über Schulzwang

Unter der Rubrik „Volkserziehung und Volksbildung“ ist schon mancher gute Gedanke zum Ausdruck gekommen, nur fürchte ich, daß unsere Leser, welche sich wenig um die Wünsche der Steuerzahler kümmern werden, nicht desto weniger erlaube ich mir, meine Erfahrungen bezüglich der Schule sowie meine Ansichten über Schulzwang zum Besten zu geben.

Den Ausführungen des Herrn C. Brennede in Nummer 11 vom 6. Januar 1916 dürfte mancher Verfall folgen, ganz besonders jene Eltern, die ihre Kinder immer für einige Grade besser, verständiger und weiser halten wollen als alle anderen, ob die Ausführungen des Herrn C. Brennede viel zur Förderung unseres Schulwesens im Interesse nationaler Einheit und na-

Erbschaften

Winnipeg Bonspiel